

„Wir haben einen klaren Kurs“

Finanzministerin Monika Heinold bekennt sich zur Schuldenbremse und setzt auf Investitionen in die Bildung

Kiel. Sie soll das Unmögliche möglich machen: dem bettelarmen Land wieder ein wenig Luft zum Atmen verschaffen, zum Beispiel für Investitionen in Bildung. Ganz oben auf der Liste steht auch für die neue Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) der Krippenausbau. Um das zu erreichen, will sie konsequent bei der Verwaltung sparen – etwa durch Zusammenlegung weiterer Behörden mit Hamburg.

Sie sind als Parlamentarierin immer für einen strikten Sparkurs eingetreten. Jetzt drängt sich der Eindruck auf, für die neue Koalition spiele Geld keine Rolle.

Der Eindruck ist falsch. Wir haben einen klaren finanzpolitischen Kurs festgelegt. Die Grundsätze heißen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Als ich 1996 im Landtag anfang, hatte Schleswig-Holstein 13,5 Milliarden Euro Schulden. Jetzt sind es 27 Milliarden. Unabhängig davon, wer in den vergangenen Jahrzehnten regiert hat, sind Schulden zu Lasten der nachfolgenden Generationen aufgehäuft worden. Deshalb wird die Schuldenbremse von niemandem in Frage gestellt. Einnahmen und Ausgaben müssen wieder in Einklang gebracht werden.

Im Koalitionsvertrag wird versprochen, dass die Kommunen ihre 120 Millionen Euro im Jahr bis zum Ende der Legislaturperiode zurückbekommen. Woher wollen Sie das Geld denn nehmen?

der Agenda: die Stadt-Regionalbahn im Raum Kiel, der Ausbau der S-Bahn-Verbindungen von Hamburg nach Ahrensburg (S 4) sowie von Hamburg nach Kaltenkirchen (S 21). Kann sich das Land eine Bezuschussung aller Vorhaben leisten?

Man darf nicht nur die Kosten für den Bau oder den Ausbau der Strecken sehen. Auch die Finanzierung des Betriebs muss gesichert sein. Die Wirtschaftlichkeit und die Verkehrsprognosen werden ausschlaggebend dafür sein, in welcher Reihenfolge die Projekte realisiert werden sollten.

Sie wollen wie die Vorgängerregierung bis 2020 rund 5000 Stellen einsparen, um das Ziel der Schuldenbremse zu erreichen. Wie soll das geschehen? Und was macht das in Euro?

Wir reden von etwa 250 Millionen Euro im Jahr, die wir durch den Stellenabbau strukturell einsparen wollen. Das ist ein sehr, sehr ehrgeiziges Projekt, denn hinter jeder Stelle stehen staatliche Leistungen. Dabei kommt uns die



wollen Sie das Geld denn nehmen?

Gerade wer wenig Geld hat, muss klare Prioritäten setzen. Wir haben uns darauf verständigt, dass den Kommunen schrittweise bis zum Ende der Legislatur zweckgebunden 80 Millionen Euro jährlich für Krippen zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung der Plätze für unter Dreijährige ist schon aus volkswirtschaftlichen Gründen zwingend notwendig. Arbeitende Eltern sind auch Steuerzahler. Deshalb gehen wir davon aus, dass sich diese kommunale Entlastung langfristig auch fürs Land rechnet. Und wir wollen weitere Entlastungen für die Kommunen erreichen.

Das ist bestenfalls Zukunftsmusik. Wie wollen Sie das Projekt in den ersten Jahren finanzieren?

Wir fangen an mit 15 Millionen Euro für das Jahr 2013. Diese Mittel nehmen wir aus dem Topf, der von Schwarz-Gelb für die kommunale Haushaltskonsolidierung vorgesehen war – ein Gesetz, gegen das damals viele Kommunen Front gemacht haben.

Sie haben schon für den Einzelhaushalt 2013 eine ganze Reihe anderer kostenträchtiger Projekte vorgesehen, indem Sie von Schwarz-Gelb beschlossene Kürzungen wieder zurücknehmen. Wie wollen Sie das stemmen, ohne die Ausgaben weiter in die Höhe zu treiben?

Es geht auch um 300 Lehrerstellen, die Gleichstellung der dänischen Schulen, Frauenhäuser und ökologischen Landbau. Insgesamt müssen wir 40 bis 45 Millionen Euro

Stelle stehen staatliche Leistungen. Dabei kommt uns die hohe Zahl der Altersabgänge entgegen, bis 2017 verlassen allein über 9000 Beamte den Landesdienst. Allerdings kann man diese Pensionierungen nicht eins zu eins in Personalabbau umsetzen. Ein Beispiel: Zur Verbesserung der Bildungsangebote werden wir die Hälfte der Stellen, die durch den Rückgang der Schülerzahlen wegfallen könnten, im System lassen. Das sind allein bis zum Ende der Legislaturperiode 700. Auch in anderen Bereichen – zum Beispiel in der Steuerverwaltung – können wir durch Pensionierung freiwerdende Stellen nicht einfach unbesetzt lassen. Mit den Ministerien ist vereinbart, dass im Einzelnen überprüft wird, wo Personal und Aufgaben wegfallen könnten.

An welche Aufgaben denken Sie? Und werden womöglich – wie in der Großen Koalition diskutiert – auch Behörden kommunalisiert?

Eine Kommunalisierung bringt finanziell für das Land keine Entlastung, weil wir ja bei Aufgabenübertragung die Kosten zu erstatten hätten. Das ist auch richtig so. Sparen können wir vor allem da, wo es um reine Verwaltung geht. Da gibt es gute Ansätze, an die wir anknüpfen werden. Bis 2019 werden zum Beispiel in der Katasterverwaltung 148 Stellen wegfallen. Außerdem müssen wir stärker an eine gemeinsame Erledigung der Aufgaben mit Hamburg denken. Die bisherigen Zusammenlegungen – etwa der Statistischen Landesämter oder der Eichämter – waren erfol-



Energiebündel mit einem Faible für Zahlen

Monika Heinold zog 1996 in den Landtag ein – und war eine Vollblut-Parlamentarierin. Die Vorgängerregierungen brachte sie oft in Bedrängnis: Sie deckte Ex-Finanzminister Rainer Wiegand mit kleinen und großen Anfragen ein, überprüfte gern noch mal die Tabellen aus seinem Ministerium mit dem Taschenrechner und fiel im Landtag durch bissige Reden auf. Als Parlamentarische Geschäftsführerin war sie die Managlerin der Grünen-Fraktion. Jetzt hat die 53-

Jährige die „Seiten“ gewechselt“ und sitzt selbst auf dem Chef-Stuhl im Finanzministerium. Niemand hat Zweifel daran, dass die Mutter zweier erwachsener Söhne auch hier immer ihr Bestes geben wird. Die gelernte Erzieherin gilt als Energiebündel und bienenfleißig. Sie wohnt mit ihrem Lebensgefährten in Kiel. Entspannung findet sie vor allem beim Segeln, Lesen und Fahrradfahren – auch gern von zu Hause in den Dienst.

uwi/Foto Rebehn

Landbau. Insgesamt müssen wir 40 bis 45 Millionen Euro aufbringen. Das wollen wir durch Umschichtungen erreichen. Wir werden zum Beispiel beim Straßenbau kürzen und den Erdölförderzins erhöhen. Bereits jetzt, vor der Haushaltsaufstellung, sind schon 35 Millionen Euro gegenfinanziert. Das ist doch eine gute Basis. Den Rest schaffen wir auch noch.

Nach dem Koalitionsvertrag soll der Schienenverkehr gegenüber dem Straßenverkehr gestärkt werden. Gleich drei kostenträchtige Projekte stehen auf

ististischen Landesämter oder der Eichämter – waren erfolgreich. Ich habe schon in der Opposition vorgeschlagen, auch beim Datenschutz mit Hamburg zu kooperieren oder eine gemeinsame Kartellbehörde zu betreiben.

Es gibt aber auch die Kritik, dass Fusionen eher noch zur Aufblähung der Apparate führen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns bei Zusammenlegungen auf nur noch jeweils einen Standort für die Behörden – mal Schleswig-Holstein, mal Hamburg – verständigen. Das

nagerin der Grünen-Fraktion. Jetzt hat die 53- bringt auf Dauer Stellenabbau und damit die erwünschte Kostenersparnis.

Warum fehlen in Ihrer Aufzählung die Landesrechnungshöfe? Die wollten Sie doch auch gern zusammenlegen.

Das stimmt. Ich habe das auch rechtlich prüfen lassen. Leider geht das nicht, weil die Haushaltshoheit bei den Ländern liegt.

Sie haben Schwarz-Gelb mächtig kritisiert, zu wenige Bundesratsinitiativen zu ergreifen und

den Dienst. *zu wenig für die Interessen des Landes zu tun. Woher nehmen Sie die Zuversicht, dass das kleine Schleswig-Holstein künftig besser gehört wird?*

Meinen Optimismus gründe ich auf zweierlei. Bisher stand Schleswig-Holstein als Haushaltsnotstands-Land relativ allein da. Mittlerweile sind aber immer mehr Länder auf höhere Einnahmen angewiesen. Außerdem bekämen wir durch einen Regierungswechsel in Niedersachsen nächstes Jahr eine politische Mehrheit für Steuerreformen im Bun-

uwi/Foto Rebehn
desrat. Anders als die Vorgängerregierung wollen wir durch konkrete Bundesratsinitiativen zu Einnahmesteigerungen für Land und Kommunen kommen. Stichworte sind die Vermögensteuer, eine höhere Erbschaftsbesteuerung und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes. Wir werden die Schuldenbremse nicht allein mit Einschnitten umsetzen können.

Die Fragen stellte unsere Korrespondentin Uta Wilke